

Zitierhinweis

Saar, Martin: review of: Wolfgang Bartuschat / Stephan Kirste / Manfred Walther (eds.), *Naturalismus und Demokratie. Spinozas "Politischer Traktat" im Kontext seines Systems. Ein Kommentar*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2014, in: *Neue Politische Literatur*, 59 (2014), 2, p. 352-353, DOI: 10.15463/rec.1189740823, downloaded from Website

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

die Rekonstruktion von Letzterem leisten zu können. Zu groß sei andernfalls die Gefahr, dass man einfach Bedeutung projiziere und sich dann genaugenommen die historische Referenz auf illustrative Zwecke reduziere. Dennoch müsse sicherlich ein gewisser Grad an ‚Platonisierung‘ der jeweiligen Argumente erfolgen, allein, damit diese weiterhin *als Argumente* aufgefasst werden könnten. Darüber hinaus besäße die politische Theorie jedoch, gerade weil sie eine praktische Disziplin sei, durchaus historischen Charakter: Gesellschaften, wie es Ryan formuliert, würden in ihrem Funktionieren und ihren Selbstverständigungsprozessen wesentlich auf einem kollektiven Gedächtnis ruhen, das in Identität und Konventionen bestehen würde. Diesen Umstand jeweils mitzudenken – das heißt die in den Augen des Autors notwendig historische Verankerung von Gesellschaften – sei ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil politischer Theorie.

Diese methodischen Überlegungen sind nun den insgesamt 33 Artikeln und Essays vorangestellt, die einen Gang durch die Geschichte und spezifischen Problemstellungen des überwiegend anglo-amerikanischen Liberalismus darstellen. Unterteilt in fünf thematische Abschnitte geht der Autor dabei den Unterschieden zwischen dem englischen und dem US-amerikanischen Strang des Liberalismus nach, diskutiert den Zusammenhang zwischen Arbeit, Freiheit und Eigentum, und bemüht sich um eine Verortung des Verhältnisses von Sicherheit und Unsicherheit im argumentativen Gerüst der liberalen Tradition. Dabei destilliert Ryan in „The Making of Modern Liberalism“ die Konturen eines utilitaristischen Liberalismus, der mit Hobbes zwar den primär defensiven Charakter dieser Tradition politischen Denkens beibehält, ihn aber im Anschluss an Mill (und erstaunlicherweise die Romantik) um die Seite der individuellen Autonomie, der Expressivität sowie der Kreativität des Menschen in seinem Handeln und Verfertigen ergänzt sowie in gerechtigkeits-theoretischer Perspektive für eine wohlfahrtsstaatliche Politik argumentiert. Damit zeigt Ryan seinen modernen Liberalismus als eine normativ anspruchsvolle und Rechte-theoretisch reflektierte politische Theorie, die vielen der im deutschsprachigen Diskurs herumgeisternden, liebgewonnenen Vorurteilen dem Utilitarismus gegenüber begegnen kann. Von daher hat, verglichen mit „On Politics“, diese Geschichte der Verfertigung des modernen Liberalismus einen zweifachen Vorzug: Sie hat deutlich mehr Gewicht und ist zugleich leichter.

Frankfurt a. M.

Philipp Schink

Die erste radikale Demokratietheorie?

Bartuschat, Wolfgang/Kirste, Stephan/Walther, Manfred (Hrsg.): Naturalismus und Demokratie. Spinozas „Politischer Traktat“ im Kontext seines Systems. Ein Kommentar, 210 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2014.

Der „Tractatus politicus“ des holländisch-jüdischen Rationalisten Baruch de Spinoza, kurz nach seinem Tod 1677 unvollendet aus dem Nachlass veröffentlicht, ist bisher vor allem der Gegenstand hochspezialisierter ideengeschichtlicher Forschung gewesen, aber, wie die Herausgeber des Kommentarbands zu Recht schreiben, „im deutschsprachigen Bereich in der Regel wenig beachtet worden“ (S. V). Dies liegt zum einen an der marginalen werkimernen Rolle dieses Buchs, das im Schatten des monumentalen philosophischen Hauptwerks, der „Ethik“, aber auch des früheren religionskritischen „Tractatus theologico-politicus“ von 1670 liegt, der als eines der großen und verfeimten Zeugnisse frühaufklärerischen Denkens die europäischer Geistesgeschichte maßgeblich geprägt hat. Der „Politische Traktat“ ist wie eine klassische Abhandlung zur Form des Staates aufgebaut, stellt Fragen nach staatlicher Stabilität und bestmöglichen Institutionen, will aber in Methode und Zuschnitt weder zum philosophischen Gesamtsystem noch zur interventionistischen Religionskritik so ganz passen.

Die durchgehend hochwertigen Beiträge des vorliegenden Kommentarbandes kontextualisieren und interpretieren diese Schrift Kapitel für Kapitel; sie informieren textnah und unter Bezug auf den Forschungsstand über die ontologischen und erkenntnistheoretischen Prämissen und den realistischen Ansatz von Spinozas politischer Theorie, ihre äußerst heterodoxe natur-beziehungsweise vernunftrechtliche Basis und die institutionentheoretischen Details seiner Staatstheorie, seine Konzeption der Souveränität und Sicht internationaler Beziehungen und seine Behandlung der drei Staatsformen Monarchie, Aristokratie, Demokratie. Mit Manfred Walther und Wolfgang Bartuschat sind – mit jeweils zwei Kapiteln – die beiden wichtigsten deutschen, international angesehenen Spinoza-Forscher vertreten; allerdings scheint der Bereich weiterhin eine reine Männerdomäne zu sein. Das Ergebnis ist eine fokussierte, umfassende und verlässliche Gesamtdarstellung und Diskussion, die es in dieser Form noch nicht gab. Den qualitativen Vergleich mit den besten Bänden der renommierten „Klassiker Auslegen“-Reihe im Akademie-Verlag, in der es

bisher einen Kommentar zu Spinozas „Ethik“ und seit Kurzem einen zum „Tractatus theologico-politicus“ gibt und in die er eigentlich gut gepasst hätte, braucht der Band nicht zu scheuen.

Zu entdecken ist in der Tat ein hochinteressantes und heterodoxes Denken der Politik. Für Spinoza ist die Politik kein Reich der Anwendung vernünftiger Regeln, sondern eine Sphäre, die grundsätzlich anders zu betrachten ist, nämlich unter den Vorzeichen weitgehender Irrationalität. Staat und Recht erwirken, dass „aus dem vernunftlosen affektiven Begehren der Menschen in dessen Vielfältigkeit ein konfliktvermeidender Ausgleich“ (Bartuschat, S. 10) entstehen kann. Grundlage dieser Argumentation ist eine radikale Reinterpretation des Topos des natürlichen Rechts, den Spinoza mit der Macht und dem Vermögen eines Dings oder einer Person identifiziert, sich selbst zu erhalten. Das Streben nach Selbsterhaltung ist, „als Machtentfaltung, Entfaltung seines Rechtes gegen die Beherrschung durch andere“ (Gunnar Hindrichs, S. 32). Macht und Recht des Staats können nun aber nicht anderes sein als Macht und Recht all derjenigen, aus denen der Staat besteht, die ihn gelten lassen und annehmen; die Macht des Staates beruht also letztlich immer auf der „Macht der Menge“ (*potentia multitudinis*). Damit hat Spinoza die Hobbes'sche Idee des Gesellschaftsvertrags gleichzeitig aufgenommen und in einem gewissen Sinne fundamental demokratisiert.

Spinoza spielt diese Themen im ersten Teil seines Traktats auf der allgemeinen, ontologischen Ebene durch, während der zweite „politikwissenschaftlich im engeren Sinne angelegt“ ist (Martin Leiner, S. 95), da nun verschiedene Regierungsformen auf ihre Stabilitätsfähigkeit geprüft werden. Dies führt ihn zum Entwurf einer „politischen Institutionenökonomie“ (Walther, S. 117), der aufweist, welche institutionellen Arrangements die Ordnung des Gemeinwesens unter bestimmten Umständen am besten erhalten können. Auch wenn das entscheidende elfte Kapitel zur Demokratie unvollendet ist, ist eine radikaldemokratische Tendenz erschießbar: Demokratie ist die „absolute“, das heißt uneingeschränkte Regierungsform, da in ihr die gesamte Menge der Bürger (allerdings mit den zeittypischen Ausschlüssen von Frauen, Ausländern, Knechten u. a.) „zur Gruppe der politisch Entscheidungsgefügten Zugang hat“ (Rainer Keil, S. 145). Diese eher formale als normative Auszeichnung der Demokratie hat Anlass zu Deutungen gegeben, die hier die erste Artikulation eines popularen, politische Herrschaft

grundsätzlich vom gesamten Volk her gedachten politischen Verhältnisses gesehen haben.

Es bleibt dem brillanten hochinformativen Schlusskapitel von Tilman Reitz vorbehalten, diese Bezüge zur Politischen Philosophie und Politischen Theorie der Gegenwart nachzuzeichnen, wobei sich, nicht zuletzt im Zuge der jüngst sehr einflussreichen Schriften von Antonio Negri und Michael Hardt, eine eindeutige Tendenz zum „Linksspinozismus“ (S. 171) feststellen lässt, die allerdings nicht alternativlos ist. Denn daran – welche Motive stärker gewichtet werden, der grundsätzlich illusionsfreie, realistische Ansatz der Theorie, die affekttheoretisch grundierte politische Anthropologie, die ontologische These vom demokratischen Fundament aller Herrschaft oder das fast systemtheoretische Denken in institutionellen Wirkungskreisläufen – entscheidet sich, ob Spinoza als Vordenker gesellschaftlicher Emanzipation oder kühler Diagnostiker ambivalenter Herrschaftszuständen gesehen und rezipiert wird. Daran, dass der „Tractatus politicus“ einen exponierten Platz im Archiv der klassischen Texte des politischen Denkens verdient hat, kann kein Zweifel mehr sein.

Leipzig

Martin Saar

Die Wiederkehr des Verdrängten

Mouffe, Chantal: Agonistiken. Die Welt politisch denken, 214 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2014 (engl. 2013).

Spätestens mit der Publikation von „Über das Politische“ ist Chantal Mouffe auch hierzulande einem breiteren Personenkreis bekannt geworden. Die in diesem Buch entwickelte Perspektive einer agonistischen Demokratietheorie vermochte all jenen eine Alternative zu bieten, die sich weder mit dem Lobgesang auf die repräsentative Demokratie zufrieden geben noch in der Idee einer deliberativen Demokratie eine überzeugende Alternative sehen wollten. An letzterer kritisierte Mouffe insbesondere jene entpolitisierenden Konsequenzen, die sich aus einem am „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ orientierten Politikverständnis ergeben. Dem setzt sie im Anschluss an Carl Schmitt die grundlegend antagonistische „Natur des Politischen“ entgegen, ohne freilich das Politische als einen potentiellen Kampf zwischen Freund und Feind deuten zu wollen. Stattdessen sollen die jeweiligen politischen